

Forderungskatalog der Studierenden der besetzten Hörsäle am KIT

Stand: 01.12.2009, 11:40 Uhr

Präambel

Jede und Jeder soll unabhängig von sozialer Herkunft die Möglichkeit haben, sich nach seinen individuellen Interessen und Fähigkeiten zu bilden. Um diese Möglichkeiten auszuschöpfen, muss es jedem Studierenden möglich sein, sein Studium eigenständig zu gestalten. Dies ist notwendig um das Ziel einer kritischen und mündigen Gesellschaft zu erreichen.

Im Sinne einer pluralistischen und demokratischen Hochschule sowie der Freiheit von Forschung und Lehre muss die Souveränität aller Mitglieder der Hochschule gewährleistet sein. Dabei ist es insbesondere wichtig, dass Lehre und Forschung als einander bedingende, verknüpfte und gleichwertige Bereiche gesehen werden.

Selbstverständlich ist für uns, dass es keinerlei Diskriminierung geben darf. Bildung ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft, der auch der Marginalisierung einzelner Gruppen vorbeugt.

Aus diesen grundlegenden Thesen lassen sich die folgenden Forderungen ableiten.

Forderungen an das KIT

Kapitel I Bachelor-Master-Umstellung:

Garantie eines Masterplatzes/Durchgängigkeit

Wenn eine Hochschule ein Master-Studium in einem bestimmten Fachbereich anbietet, muss diese Hochschule all ihren Bachelor-Studierenden dieses Fachbereichs einen Studienplatz in diesem Master-Studiengang anbieten.

Da der Master als Regelabschluss gelten soll, darf es keine weiteren Zulassungsbeschränkungen geben. Der Ausstieg mit Bachelor ist optional und bedarf eines Antrags auf Exmatrikulation.

Es soll auch vor dem Bachelor-Erwerb möglich sein, Master-Module abzulegen und diese für den Master anrechnen zu lassen.

Selbstbestimmtes Studium

Wir fordern die Abschaffung des verschulerten Studiums und die Schaffung individueller Wahlmöglichkeiten

Auslandssemester

Das Problem der schwierigen Anerkennung der Auslandsleistungen muss gelöst werden.

Vereinheitlichung der Leistungsanerkennung

ECTS Punkte müssen an Hand der tatsächlichen Lernbelastung verteilt werden , die Verteilung kann z.B. von der Studien Kommission oder dem Fakultätsrat unter Zustimmung der Studien Kommission festgelegt werden.

Kapitel II Mitbestimmung:

Demokratisierung des Bildungssystems

Öffentliche Senatssitzungen

"Senatssitzungen sind grundsätzlich öffentlich, solange die Öffentlichkeit nicht per Gesetz ausgeschlossen ist."

Begründung: Stets öffentliche Senatssitzungen sorgen für die notwendige Transparenz die ein demokratisch verfasstes Gremium braucht. Nur auf diese Weise ist es den Mitgliedern

des KIT möglich, das Verhalten ihrer gewählten Vertreter nachzuvollziehen und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen.

Verfasste Studierendenschaft

Wir fordern eine verfasste Studierendenschaft

Allgemeinpolitisches Mandat

Satzungs- und Finanzautonomie

An studentische Vollversammlungen gebunden

Das vorliegende Positionspapier des fzs zur verfassten Studierendenschaft und seine Forderungen werden vom Plenum unterstützt und übernommen.

Gremientätigkeit

Die stimmberechtigten Sitze in den gemeinsamen Gremien von Studierenden, Professoren, akademischem Mittelbau und sonstigen Mitarbeitern müssen angemessen verteilt werden.

Die Studierendenschaft sieht sich als Vertreter aller Bachelor-, Master- und immatrikulierten Promotionsstudenten. Daher müssen Vertreter aus allen drei Untergruppen als studentische Vertreter wählbar sein.

Alle Mitglieder der Hochschule erhalten gebührenfreie Einsicht in alle Unterlagen und Akten der Universität und deren Einrichtungen, sofern dies nicht gegen geltendes Recht verstößt

Kapitel III Sonstiges:

Abschaffung der Anwesenheitspflicht in Vorlesungen und Übungen

Wir fordern den KIT-Senat auf, bei Prüfungsordnungen Anwesenheitszwang in Vorlesungen und Saalübungen nicht zuzulassen. Anwesenheitslisten sollen in oben genannten Lehrveranstaltungen nicht geführt werden dürfen.

Autodidaktisches Lernen soll und muss an einer Hochschule möglich sein. Auch der Besuch von alternativen zeitgleichen Veranstaltungen wird durch den Anwesenheitszwang verhindert. Möglicherweise wird so das Studium unfreiwillig verlängert. Erzwungene Anwesenheit der Kommilitonen kann die interessierten Kommilitonen und den Dozenten stören.

Anwesenheitslisten schaffen einen psychischen Druck und schaffen so einen faktischen Anwesenheitszwang.

Keine Studienzeitbeschränkung

Es darf keine Exmatrikulation aufgrund einer Regelstudienzeitüberschreitung geben.

Die Fakultäten und der Senat werden aufgefordert, in den Studienprüfungsordnungen auf die Festsetzung von Maximalstudiendauern zu verzichten. Das Land Baden-Württemberg wird aufgefordert, Studienzeitbeschränkungen im Landeshochschulgesetz zu verbieten.

Prüfungen

Abwertung der Modulteilprüfungen und Einführung von Gesamtprüfungen über den gesamten Stoff.

Es sind keine verbindlichen Vorleistungen für Prüfungen nötig.

Sicherstellung der räumlichen Unterbringung der Lehre

Es müssen ausreichend Räume für die Lehre zur Verfügung stehen. Insbesondere unter dem Aspekt des doppelten Abiturjahrgangs müssen Lösungen gefunden werden, die ein adäquates Lehrprogramm gewährleisten.

Unabhängigkeit der Lehre

Das Plenum lehnt Professoren ab, deren Gehalt teilweise von der Universität und teilweise von der Wirtschaft bezahlt wird, ausgenommen sind Honorarprofessoren.

Umbenennung von Hörsälen

Das Rektorat wird dazu aufgefordert, die Hörsäle Karl-Benz und Gottlieb Daimler wieder in HMO und HMU umzubenennen.

Forderungen an den Landtag

Kapitel I Finanzen

Wir fordern die Abschaffung aller Bildungsgebühren.

Wir fordern eine solide Hochschulfinanzierung durch das Land

Wir fordern den Abbau des Sanierungsrückstaus innerhalb von 5 Jahren

Grundfinanzierung

Wir fordern das Land Baden-Württemberg und die Kommunen auf die Grundfinanzierung für sämtliche staatlichen Bildungseinrichtungen und Tagesstätten zu erhöhen und diese unter Berücksichtigung der allgemeinen Preissteigerung jährlich anzupassen. Die ausgebliebenen Investitionen der letzten Jahre müssen ausgeglichen werden.

Mehr Mittel für neue ProfessorInnen- und MitarbeiterInnenstellen

Wir fordern die Landesregierung auf, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um bei gleicher Studierendenzahl eine bessere Betreuungsrelation in allen Fakultäten der Hochschulen zu ermöglichen. Das sollten sowohl Professoren als auch Mitarbeiter im akademischen Mittelbau sein.

Kapitel II Mitbestimmung

Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft(VS)

Wir fordern Minister Frankenberg zum Rücktritt auf, da er keinerlei Gesprächsbereitschaft zur Forderung nach Wiedereinführung einer VS zeigt.

Demokratisierung des Bildungssystems

Gremientätigkeit

Die stimmberechtigten Sitze in den gemeinsamen Gremien von Studierenden, Professoren, akademischem Mittelbau und sonstigen Mitarbeitern müssen angemessen verteilt werden.

Die Studierendenschaft sieht sich als Vertreter aller Bachelor-, Master- und immatrikulierten Promotionsstudenten. Daher müssen Vertreter aus allen drei Untergruppen als studentische Vertreter wählbar sein.

Kapitel III Bachelor-Master-Umstellung

Systemfrage

Wir fordern ausschließlich Masterstudiengänge mit optionalem Bachelorausstieg. Der Master muss Regelabschluss sein.

Das erste Masterstudium ist auch ein Erststudium.

Garantie eines Masterplatzes/Durchgängigkeit

Wenn eine Hochschule ein Master-Studium in einem bestimmten Fachbereich anbietet, muss diese Hochschule all ihren Bachelor-Studierenden dieses Fachbereichs einen Studienplatz in diesem Master-Studiengang anbieten.

Da der Master als Regelabschluss gelten soll, darf es keine weiteren Zulassungsbeschränkungen geben. Der Ausstieg mit Bachelor ist optional und bedarf eines Antrags auf Exmatrikulation.

Es soll auch vor dem Bachelor-Erwerb möglich sein, Master-Module abzulegen und diese für den Master anrechnen zu lassen.

Selbstbestimmtes Studium

Wir fordern die Abschaffung des verschulerten Studiums und die Schaffung individueller Wahlmöglichkeiten

Verleihmodalitäten Bachelor und Master

Die Studienabschlüsse "Bachelor" und "Master" müssen geschützt werden, um zu garantieren, dass die Hochschulen das exklusive Verleihrecht besitzen.

Kapitel IV Struktur und Gesetze

Änderungen des Landes Hochschulgesetzes und der Richtlinien

Synchronisierung der Semesterzeiten aller deutschen Universitäten sowie im europäischen Hochschulraum.

Mehr Kompetenzen zurück an den Senat z.B. Struktur- und Entwicklungsplanung

Pflicht Veröffentlichung von Evaluationsergebnissen

Rektorenwahl durch den Senat

Studentische Vertreter in den Hochschulrat

Kapitel V Schulreform

Drastische Senkung des Klassenteilers.

Abschaffung des G8 zugunsten der Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren.

Kapitel V Sonstiges

Teilzeit

Es muss ein Teilzeit Studium ermöglicht werden. Insbesondere Studierende, die ihr Studium durch Erwerbstätigkeit finanzieren müssen, Studierende mit Kind und Studierende aus sozial schwachen Verhältnissen

Doppelter Abiturjahrgang 2012

Wir fordern:

Ausbau der Studienplätze in allen Fächern (bedarfsgerecht)

Sicherstellung der räumlichen Unterbringung der Lehre

Sicherstellung des Wohnraums für Studierende in öffentlichen Studentenwohnheimen

Studentenwerke

Wir fordern:

Erhöhung der Anzahl der selbstverwalteten Wohnheime

Erhöhung der Versorgungsquote mit Wohnraum (siehe 6b)

Erhöhung des Globalhaushaltes

Bund

Garantie eines Masterplatzes/Durchgängigkeit

Da der Master als Regelabschluss gelten soll, darf es keine weiteren Zulassungsbeschränkungen geben. Der Ausstieg mit Bachelor ist optional und bedarf eines Antrags auf Exmatrikulation.

Verleihmodalitäten Bachelor und Master

Die Studienabschlüsse "Bachelor" und "Master" müssen geschützt werden, um zu garantieren, dass die Hochschulen das exklusive Verleihrecht besitzen.

Finanzen

Solide Hochschulfinanzierung auch durch den Bund

Abbau des Sanierungsrückstaus innerhalb von 5 Jahren

Rücktrittsforderung

Wir fordern die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan zum Rücktritt auf. Ihre Reaktion auf die Bildungsproteste der letzten Wochen zeigt, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt hat. Insbesondere ihr Vorschlag, ein Bildungssparen einzuführen, das den Staatshaushalt zugunsten von Wohlhabenden belastet und somit für Elitenförderung steht, statt freie Bildung für alle zu fördern, zeigt, dass sie für dieses Amt eine Fehlbesetzung ist!